



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 02.02.2023
*öffentlich***

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:10 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Dr.med. Detlef Wend

Ute Haupt
Elisabeth Nagel
Claudia Schmidt
Jan Döring
Carsten Heym
Beate Gellert
Sören Steinke
Helga Schubert

Diana Franke

Dr. Gaby Hayne

Uwe Kramer

Anna Manser

Christof Starke

René Moses
Mirko Petrick
Nico Teschner
Etienne Samuel Knorre
Tatjana Privorozki
Robert Schönrok

Ausschussvorsitzender
Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
AfD-Stadtratsfraktion Halle
Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von
Halle (Saale)
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Verwaltung:

Katharina Brederlow

Alexander Frolow
Annika Seidel-Jähnig

René Lukas

Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung
und Soziales
Leiter Fachbereich Bildung
Referentin Geschäftsbereich Bildung und
und Soziales
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Tobias Heinicke

Dagmar Deckwerth
Jerome Deubel
Dr. Toralf Fischer
Dr. Tino Kleinert
Dr. Hendrik Kluge
Susanne Willers
Sven Bartsch
Jörg Lau

stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05125

- 7.3. Aktueller Stand Umsetzung Online-Anmeldung für Kitaplätze (Kita-Portal) unter Beteiligung der Träger von Kindertageseinrichtungen
Vorlage: VII/2023/05197
- 7.4. Jahresplanung Jugendhilfeausschuss 2023
Vorlage: VII/2023/05200
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen

nicht öffentlicher Teil:

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.01.2023
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.01.2023

Es gab keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 12.01.2023, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Beschlussvorlage "Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Jugendhilfeplanung §§ 11-14, 16 SGB VIII in der Stadt Halle (Saale) - Prioritätensetzung 2023 und 2024; BV VII/2022/04664 Vorlage: VII/2023/05224

Herr Döring brachte den Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Beschlussvorlage "Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Jugendhilfeplanung §§ 11-14, 16 SGB VIII in der Stadt Halle (Saale) - Prioritätensetzung 2023 und 2024 ein.

Frau Haupt fügte hinzu, dass bei dieser Maßnahme unter der laufenden Nummer 13 „Reinfunken“ (Corax e.V. - Initiative für Freies Radio) die niedrigschwellige Jugendarbeit positiv zu erwähnen ist. Sie sagte, dass durch die bestehende Medienkompetenz viele Jugendliche erreicht werden können.

Frau Brederlow sagte, dass für die Maßnahme unter der laufenden Nummer 13 „Reinfunken“ (Corax e.V. - Initiative für Freies Radio) eine Förderung im Jahr 2022 von 13.360,- Euro bestand und im Jahr 2023 eine Förderung mit der Summe von 30.010,- Euro vorgeschlagen wird. Sie wies darauf hin, dass für diese Maßnahme keine ersichtliche Kürzung festzustellen ist.

Herr Kramer nahm Bezug auf den Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Beschlussvorlage. Er bemerkte, dass die Absicht besteht, die zusätzliche Förderung mit der Summe von 10.990,- Euro von den Restmitteln aus dem Bereich der Ferienfreizeiten zu finanzieren. Dieses Vorgehen hält er für unzweckmäßig. **Herr Kramer** teilte mit, dass er die Maßnahme „Reinfunken“ (Corax e.V. - Initiative für Freies Radio) für unterstützungswürdig hält. Er teilte mit, dass er die Träger, die in der Anlage der Beschlussvorlage aufgeführt sind, kontaktiert hat. Es haben zwei Träger signalisiert, dass sie ihre Maßnahmen später beginnen werden. Er schlug aus diesem Grund eine anteilige Gegenfinanzierung vor.

Herr Kramer formulierte folgende Änderung zum Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.

Es wird ein weiterer Beschlusspunkt (Punkt 4) eingefügt:

Zur Gegenfinanzierung werden dem Projekt mit der lfd. Nummer 4 „congrav new sports e.V. mit der Maßnahme DOCK. Trotha die Summe von 2.500,- Euro und der lfd. Nummer 6 Berufliches Bildungs- und Rehabilitationszentrum e.V. (BBRZ e.V.) mit der Maßnahme MOBiJu – Mobile Jugendarbeit im Halleschen Osten die Summe von 7.000,- Euro gekürzt. Die restlichen 1.490,- Euro zur Gegenfinanzierung werden aus dem Bereich sonstige Maßnahmen der Jugendhilfe genommen.

Frau Schmidt bemerkte, dass sie das Projekt inhaltlich unterstützt. Sie ist aber der Auffassung, dass das Projekt auch mit einigen wenigen Mitteln fortführbar ist. Hierbei sollte man prüfen, ob nicht die zur Verfügung stehenden Restmittel für Maßnahmen, die auf die aktuelle Problemlage der Jugendlichen wie z.B. Gewalt und Kriminalität abzielen, eingesetzt werden können. Sie teilte mit, dass sie gegen diesen Änderungsantrag stimmen wird.

Herr Heym bemerkte den Hinweis von Frau Brederlow, dass man mit den vorhandenen Mitteln sorgfältig umgehen sollte, um sich somit der aktuellen Jugendkriminalität widmen zu können. Er ist verwundert, dass dieser Gesichtspunkt keine Resonanz findet, obwohl der Zustand zum Thema Jugendkriminalität in Halle (Saale) besorgniserregend ist.

Herr Dr. Wend wies darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss auch die vielschichtigen Möglichkeiten von Förderungen prüfen und wahrnehmen möchte.

Herr Döring erwähnte, dass bei dem Thema Jugendkriminalität auch die sozialen Medien von hoher Bedeutung sind. Aus diesem Grund hält er die Maßnahme „Reinfunken“ (Corax e.V. - Initiative für Freies Radio) für sehr wichtig. Er teilte mit, dass die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE den eingebrachten Änderungsantrag von Herrn Kramer übernehmen werden.

Herr Dr. Wend teilte mit, dass er dem eingebrachten Änderungsantrag von Herrn Kramer zustimmen wird. Er hält ebenfalls die Maßnahme „Reinfunken“ (Corax e.V. - Initiative für Freies Radio) für sehr wichtig. **Herr Dr. Wend** bemerkte, dass die Lösung zum Sachverhalt darin besteht, wichtige Faktoren ineinandergreifen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

erledigt

Prioritätensetzung 2023 und 2024
Vorlage: VII/2022/04664

Frau Brederlow führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Dr. Wend wies die Ausschussmitglieder auf ein eventuelles Mitwirkungsverbot hin.

Frau Gellert befand sich bei der lfd. Nummer 08a Kinder- und Jugendhaus e.V. im Mitwirkungsverbot. Sie verließ den Sitzungsraum.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung der einzelnen Maßnahmen bat.

lfd. Nummer 04: congrav new sports e.V. **einstimmig zugestimmt**

lfd. Nummer 05: Bürgerstiftung Halle **einstimmig zugestimmt**

lfd. Nummer 06: BBRZ e.V.
Berufliches Bildungs- und
Rehabilitationszentrum e. V. **einstimmig zugestimmt**

lfd. Nummer 08a Kinder- und Jugendhaus e.V. **einstimmig zugestimmt**

lfd. Nummer 13 Corax e. V.
Initiative für Freies Radio **mehrheitlich zugestimmt**

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung der Punkte 3,5 und 6. aus der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. die Verteilung der Haushaltsmittel für die Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe:

in Höhe von 796.360,00 EUR unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2023,

in Höhe von 353.710,00 EUR unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2024,

auf die einzelnen ISEK-Teilräume nach Fördergegenstand (§§ 11, 13, 16 SGB VIII) gemäß: Anlage A.

2. die Förderung bzw. Teilförderung der Anträge der in Anlage B unter den laufenden Nummern 01, 02, 03, 07, 08, 09, 10, 11, 12, 14, 15, 16, 17, 18 aufgeführten Maßnahmen unter dem Haushaltsvorbehalt für die Jahre 2023 und 2024.

- ~~3. die Ablehnung bzw. Teilablehnung der Anträge wegen nicht förderfähiger Maßnahmen entsprechend der laufenden Nummern 04, 05, 06, 13, 18 der Anlage B.~~

3. die Verteilung von weiteren Haushaltsmitteln in Höhe von ~~211.460,00 EUR~~ 212.950,00 EUR für die Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe in der Jugendarbeit unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2023.

4. die Förderung bzw. Teilförderung der Anträge der in Anlage B unter den laufenden Nummern 04, 05, 06, 08a, 13 aufgeführten Maßnahmen unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2023.
5. die Ablehnung bzw. Teilablehnung der Anträge für die Förderjahre 2024 f. wegen nicht förderfähiger Maßnahmen entsprechend der laufenden Nummern 04, 05, 06, 13 der Anlage B.
6. die Verteilung der Haushaltsmittel gemäß Beschlusspunkt 1 für die Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe: in Höhe von 346.710,00 EUR unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2024 neu.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge Fraktionen und Stadträten.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Bericht zur Arbeit des Bildungsbeirates "Handlungsempfehlungen zur Fachkräftesicherung" Vorlage: VII/2023/05124

Frau Brederlow informierte zur Arbeit des Bildungsbeirates und erwähnte, dass dieser seit zwei Jahren besteht und sich mit den Handlungsempfehlungen zur Fachkräftesicherung seit Ende 2021 beschäftigt. Sie betonte, die Wichtigkeit zum Thema Fachkräftesicherung für den Bereich Bildung. Im gesamten Bildungssystem besteht einen Fachkräftemangel, wobei aber die ersten Handlungsempfehlungen dazu vorliegen. **Frau Brederlow** teilte mit, dass die Kinderarmut, das diesjährige Kernthema des Bildungsbeirates ist.

Frau Haupt bemerkte, dass die Handlungsempfehlungen eine gute Grundlage für weitere Arbeitsschritte sind. Sie fragte, wie die einzelnen Ergebnisse des Bildungsbeirates evaluiert werden können. Des Weiteren erkundigte sie sich, ob sich auch andere Mitglieder für den Beirat bewerben bzw. dieser modifiziert werden kann.

Frau Brederlow teilte mit, dass der Bildungsbeirat für 4 Jahre berufen ist, aber sich nach diesen Jahren neu konstituieren kann. Sie wies darauf hin, dass der Bildungsbeirat lediglich Handlungsempfehlungen gibt und somit nur beratend unterstützen kann. Aus diesem Grund ist eine Gesamtabrechnung der einzelnen Ergebnisse unzweckmäßig. Sie sagte, dass aber geprüft werden soll, welche Handlungsempfehlungen, die der Bildungsbeirat erstellt hat, weiterentwickelt wurden.

Frau Gellert schlug die Besetzung eines Vertreters oder einer Vertreterin aus der Interessengemeinschaft der freien Träger von Kindertageseinrichtungen für den Bildungsbeirat vor.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass alle Stadträte bei der Besetzung des Bildungsbeirates ein Mitspracherecht hatten. Sie bemerkte, dass nach der vorliegenden Geschäftsordnung die Möglichkeit besteht, Experten bzw. Fachkräfte einzuladen.

Herr Kramer bezog sich auf die eingestellte Präsentation zum Bildungsbeirat. Er sagte, dass auf Seite 2 der Präsentation alle Mitglieder bzw. alle Organisationen ersichtlich sind.

Herr Heym betonte, dass der Fachkräftebedarf eine große Chance für Jugendliche ist und somit viele Möglichkeiten aufgezeigt werden können. Er hält diese Perspektive für sehr wichtig und sollte auch nicht als selbstverständlich angesehen werden.

Der Bericht ist im Session hinterlegt.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 7.2 Bericht zu den Ergebnissen des Bildungsgipfels und Diskussion der Handlungsbedarfe in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2023/05125

Frau Brederlow informierte über die Ergebnisse des Bildungsgipfels und die Diskussion der Handlungsbedarfe in der Stadt Halle (Saale). Sie bezog sich auf das Thema „Zusammenarbeit zwischen Grundschule und Hort“, welches explizit erwähnt und diskutiert wurde. Sie hält dieses Thema für sehr wichtig, weil es aktuell sehr präsent ist.

Frau Brederlow erwähnte die Pressemitteilung „bildungspolitischer Dialog“ der Landesregierung für den Jugendhilfeausschuss. Sie stellte fest, dass es inhaltlich aber ein schulpolitisches Thema ist. Die Landesregierung stellte hierbei ihre Absichten vor, wobei keine Diskussionen zum Thema stattfanden. Sie wies darauf hin, dass auch das Thema Schulsozialarbeit weiterhin von großer Bedeutung sein wird. Weitere Themen, wie beispielsweise die Ganztagsbetreuung an Grund- und Förderschulen müssen für die Stadt Halle (Saale) speziell erörtert werden.

Frau Gellert teilte mit, dass sich das Bildungsministerium noch nicht genau zum Thema Ganztagschulen positioniert hat. Sie bemerkte, dass dieser Zustand bei den Trägern zur Verunsicherung führt. Weiterhin bezog sie sich auf den bestehenden Fachkräftemangel. Sie plädierte dafür, mit dem Bildungsministerium eine gemeinsame Lösung zum bestehenden Sachverhalt zu finden. Sie betonte, dass nicht nur ein Lehrermangel, sondern auch ein Erziehermangel vorliegt.

Frau Brederlow sagte, dass das Bildungsministerium sich ausschließlich mit dem derzeitigen Lehrermangel auseinandersetzt. Sie erwähnte, das kommunale Bildungsmanagement. Dort soll die Zusammenarbeit zwischen Grundschule und Hort thematisiert werden. Herr Gerstner wird über die Ergebnisse zum Modellprojekt in den Ausschüssen informieren.

Herr Dr. Wend bezog sich auf den Hinweis, dass eine Finanzierung für 350 zusätzliche Stellen bereitgestellt werden soll. Er fragte, ob die nicht besetzten Schulsozialarbeiterstellen darüber finanziert werden können.

Frau Brederlow teilte mit, dass es 350 vollzeitäquivalente Stellen sind, die auf die einzelnen Schulen verteilt werden. Die Schulen haben somit die Schlüsselrolle bei der Verteilung dieser Stellen.

Frau Gellert wies auf das Tandem-Projekt „Schule im Ganztage“ hin. Dieses Projekt wurde in Halle (Saale) ausgeschrieben, wobei sich aber nur ein Träger darauf beworben hat.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Aktueller Stand Umsetzung Online-Anmeldung für Kitaplätze (Kita-Portal) unter Beteiligung der Träger von Kindertageseinrichtungen Vorlage: VII/2023/05197

Herr Dr. Wend lobte den Bearbeitungsstand zur Umsetzung der Online-Anmeldung für Kitaplätze (Kita-Portal) unter Beteiligung der Träger von Kindertageseinrichtungen.

Herr Töpfer berichtete über den aktuellen Stand zur Umsetzung der Online-Anmeldung für Kitaplätze (Kita-Portal) unter Beteiligung der Träger von Kindertageseinrichtungen. Er wies darauf hin, dass bei der Umsetzung des Projekts alle Träger beteiligt werden sollen. Demzufolge wurde eine Umfrage an die Träger durchgeführt, um den aktuellen Informationsstand abzufragen. Daraufhin wurde ein Konzept ermittelt, wie das Kita-Portal aufgebaut werden kann. **Herr Töpfer** teilte mit, dass eine Unterarbeitsgruppe in der AG 78 Kita gegründet wurde und sich dabei alle Träger beteiligen können. Er betonte, dass bisher von allen teilnehmenden Trägern eine positive Resonanz zu vernehmen war.

Herr Dr. Wend bedankte sich für die bisherige Arbeit zur Umsetzung des Kita-Portals.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Jahresplanung Jugendhilfeausschuss 2023 Vorlage: VII/2023/05200

Frau Brederlow wies darauf hin, dass in der Jahresplanung bereits die Projekte auf der Basis der Richtlinie „Regio Aktiv“ in der neuen ESF+- Förderperiode 2021-2027 und des Regionalen Arbeitskreises der Stadt Halle (Saale) für den Monat März geplant sind. Sie teilte mit, dass sich diese Thematik in den Sitzungsmonat September verschiebt.

Herr Döring bezog sich auf den Bericht Neubau-Fertigstellung Kinder- und Jugendschutzzentrum in der Paul-Thiersch-Straße. Er regte eine Vor-Ort-Begehung des Jugendhilfeausschusses an.

Herr Frolow wies darauf hin, dass diese Einrichtung eine 24-Stunden-Betreuung haben wird. Er bemerkte, dass eine Vor-Ort-Begehung hinsichtlich des Betriebszustands nicht im Sinne des Kinder- und Jugendschutzzentrums wäre.

Herr Dr. Wend nahm die Anregung von Herrn Döring auf.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.5 Herr Frolow zu Vorschlägen Jugendschöffenwahl 2023

Herr Frolow wies auf die bevorstehenden Jugendschöffenwahlen im Jahr 2023 hin. Die Verwaltung wird zeitnah um Vorschläge zur Jugendschöffenwahl bitten und infolgedessen die Trägervertreter postalisch kontaktieren.

zu 7.6 Herr Frolow zum Bereich Unterhaltsvorschuss

Herr Frolow informierte, dass aktuell im Bereich des Unterhaltsvorschusses der Stadt Halle (Saale) eine Online-Antragstellung möglich ist.

zu 7.7 Herr Dr. Wend zur Sondersitzung Bildungsausschuss und Jugendhilfeausschuss

Herr Dr. Wend wies nochmals auf die bevorstehende Sondersitzung vom Bildungsausschuss und Jugendhilfeausschuss am 16.02.2023 hin. Dazu besteht eine formale Einladung der Stadtverwaltung an die Ausschussmitglieder. Er teilte mit, dass darüber hinaus auch andere Vertreter aus verschiedenen Bereichen eingeladen wurden. **Herr Dr. Wend** machte erneut auf die Wichtigkeit dieser Sondersitzung aufmerksam. Er regte eine hohe Beteiligung an.

Frau Schmidt regte eine Teilnahme von Schulsozialarbeitern und Schulsozialarbeiterinnen an der Sondersitzung an.

Frau Gellert erkundigte sich, ob für die Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen ein Rederecht besteht.

Frau Schmidt bejahte dies.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Frau Gellert zu Präventionstage im Sozial- und Erziehungsdienst

Frau Gellert bezog sich auf Medienberichte, dass die Lehrerschaft einen nochmaligen Erholungstag bzw. Präventionstag erhalten sollen. Sie sagte, dass dieser Tag allerdings nicht in der unterrichtsfreien Zeit liegen wird. Sie fragte, inwieweit die Horte diesen geplanten Unterrichtsausfall vertreten müssen.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass der Hort nicht die Grundschule vertreten kann. Dieser Sachverhalt muss schulintern geregelt werden.

Herr Heym bemerkte, dass man den zusätzlichen Präventionstag für Lehrer und Lehrerinnen nicht als persönlichen Freizeitausgleich sehen sollte.

zu 8.2 Herr Dr. Wend zum Stand Jugendparlament

Herr Dr. Wend stellte folgende Fragen zum Jugendparlament.

1. Hat das Vernetzungstreffen zwischen Stadtschülerrat und Kinder- und Jugendrat Ende November wie geplant stattgefunden?
2. Liegt wie vorgesehen bereits ein Entwurf von Satzung und Wahlordnung vor?
3. Haben bereits Gesprächsnachmittage zur Vorstellung des Konzepts, der Satzung sowie der Wahlordnung mit den jeweiligen Gremien stattgefunden?

Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

4. Welche Beteiligungsformate stehen noch aus? Für wann bzw. für welchen Zeitraum sind diese jeweils angesetzt?

Herr Petrick teilte mit, dass ein Vernetzungstreffen zwischen Stadtschülerrat und Kinder- und Jugendrat am 09.12.2022 stattgefunden hat. Dort wurden eine Musterwahlordnung und eine Satzung zur Sichtung über die Feiertage an die Jugendlichen verteilt. Es liegt somit eine Musterwahlordnung bzw. eine Satzung als Entwurf vor. Am 27.01.2023 fand ein Workshop mit dem Stadtschülerrat und dem Kinder- und Jugendrat statt. Dabei ergaben sich viele Fragen, die in einem weiteren Workshop im März beantwortet bzw. diskutiert werden können. **Herr Petrick** wies darauf hin, dass eine Fertigstellung der erforderlichen Vorlagen für den Monat März geplant ist.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Dr. Wend beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der nicht öffentlichen Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

René Lukas
stellv. Protokollführer